

Von: Theurer Michael

Gesendet: Freitag, 24. April 2020 17:36

An: FDP Bundestagsabgeordnete

Betreff: Aufbereitung Corona-Krise

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachdem die ersten Sofortmaßnahmen für die Corona-Krise greifen und wir bereits umfassende Konzepte für den weiteren Umgang mit der Pandemie verfasst und teilweise veröffentlicht haben, sollten wir uns auch intensiv mit der parlamentarischen Aufarbeitung des bisher Geschehenen befassen – auch, um daraus Rückschlüsse für den zukünftigen Bevölkerungsschutz ziehen zu können. Ihr wisst, dass für den Gesundheitsschutz jetzt überwiegend die notwendigen Maßnahmen ergriffen oder zumindest in Gang gesetzt wurden. Das lange Herunterfahren von Gesellschaft und Wirtschaft könnte jedoch dramatische psychische und soziale Folgen haben und es gefährdet Millionen berufliche Existenzen und hunderttausende Unternehmen, insbesondere im Mittelstand. Der jetzige Eindruck, Bund und Länder hätten von Anfang alles getan, um die sich abzeichnende Pandemie zu bekämpfen, entspricht nicht den Tatsachen. Sie agierten zögerlich, inkonsequent und mit fast täglich wechselnden Botschaften. Es hat Wochen gedauert, bis es klare Ansagen gab. Es wurde wertvolle Zeit vertan, die durch einen immer länger werdenden Shutdown teuer bezahlt werden muss. Als ersten Überblick habe ich eine kleine Chronologie der Krise erstellt, die gerne noch ergänzt werden kann.

1. Unter dem liberalen Gesundheitsminister Daniel Bahr war die Pandemieprävention noch weit oben auf der Tagesordnung. Nach einem Reformpaket [2012 legte die damalige Bundesregierung Anfang 2013 eine Risikoanalyse für die](#) Verbreitung eines neuartigen Coronavirus vor. Die daraus folgenden strategischen Überlegungen wurden offenbar nach dem Ausscheiden der Freien Demokraten aus dem Deutschen Bundestag nicht weiter verfolgt. Deshalb fehlen bis heute noch Mundschutz-Masken und andere medizinische Ausrüstungsgegenstände.

2. Kanzlerin Merkel spricht öffentlich davon, dass das Coronavirus kein Grund zur Besorgnis sei, und zu "Gelassenheit" mahnt Bundesgesundheitsminister Spahn nach dem ersten Corona-Infizierten in Deutschland ebenfalls am 28.1.. Der Krankheitsverlauf sei nicht schlimmer als bei einer Grippe. Das deutet bereits darauf hin, dass die Bundesregierung zu zögerlich reagiert. Anschließend Abtauchen der Kanzlerin zur Corona-Epidemie bis zum 11.3.. Im Gegensatz zu anderen Regierungschefs auf der ganzen Welt gibt sie keine regelmäßigen Updates und stellt sich nicht den Fragen der Journalisten, die absolut notwendige Diskussion über Grundrechtsabwägungen macht sie als „Öffnungsdiskussionsorgien“ verächtlich.

3. Am 12.2. weist unser Kolleg Andrew Ullmann im Plenum darauf hin, dass wir in Deutschland für einen Ausbruch nicht gut gerüstet sind und die Lieferketten, u.a. für Medikamente, zusammenbrechen könnten. Am 14.2. fordere ich einen Krisengipfel von Bundeswirtschaftsminister Altmaier, unter anderem wegen der Lieferketten. Darauf Altmaier im DLF: „Im Augenblick glaube ich, dass dadurch keine große Belastung der Weltwirtschaft einhergeht.“ Am 2.3. gibt Altmaier im BILD-Talk zu, keinen Notfallplan zu haben. Auf den Krisengipfel warten wir bis heute. Eine Koordinierung etwa der Produktion von medizinischen und Textil-Schutzmasken durch das BMWi findet viel zu lange nicht statt,

wertvolle Zeit verstreicht. Ende März/Anfang April fordere ich dies zunehmend lautstark ein. Am 4.4. erklärt sich das BMWi für nicht zuständig. Am 6.4. erklärt das Corona-Kabinetts das BMWi für zuständig.

4. Karneval wird gefeiert - auch im Kreis Heinsberg. In Bayern finden Starkbierfeste statt, die sich im Nachhinein ebenfalls als Verbreitungsherde herausstellen. Der stellvertretende Ministerpräsident im Kabinetts Söder, Hubert Aiwanger, hatte behauptet, Starkbierfeste seien der natürliche Feind des Coronavirus. Gerade solche Großveranstaltungen führen zur raschen Verbreitung und Regionen mit den höchsten Todeszahlen. Insbesondere die bayerische Landesregierung kaschiert dieses Versagen, indem sie rasch in das andere Extrem wechselt und rechtlich fragwürdige Verordnungen erlässt. Der Twitter-Aufruf von Bundesgesundheitsminister Spahn gegen die Durchführung von Großveranstaltungen kommt 12 Stunden nach dem Fußballspiel Gladbach gegen Dortmund, das in direkter Nachbarschaft zum Corona-Epizentrum Heinsberg stattfand. Mainz, Bayern, Stuttgart und Leipzig kicken noch Tage später vor teilweise vollen Tribünen - z.B. 54.302 Zuschauer bei VfB Stuttgart gegen Arminia Bielefeld am 9.3.. Innen- und Sportminister Seehofer bleibt auf Tauchstation.

5. Rückreisende Skiurlauber aus Hochrisiko-Gebieten wie dem österreichischen Ischgl und Flugreisende aus dem Iran können viel zu lange ohne Quarantäne, Schnelltests oder auch nur Fiebermessung nach Deutschland einreisen. Infolgedessen sind die Fallzahlen in Baden-Württemberg und Bayern, von wo aus die Skigebiete leicht mit dem Auto erreicht werden können, auch heute noch deutlich höher als im Rest Deutschlands. Noch am 6. März verlautbart Jens Spahn, dass er jede Einschränkung des Reiseverkehrs für nicht angemessen hält. Während die Fiebermessung auf afrikanischen Flughäfen schon Standard ist, verteilt die Bundesregierung an Reisende noch Meldezettel, die keine Konsequenzen haben.

6. Am 28.2. lege ich einen 9-Punkte-Plan vor, der aufzeigt, wie Bund und Länder den Umgang mit der Krise besser koordinieren und meistern könnten. Am gleichen Tag fordere ich die Absage der Reismesse ITB. Spahn schreit mich am Telefon an und bezichtigt mich der Panikmache. Am 29.2. wird die ITB abgesagt. Wir fragen im Gesundheitsausschuss immer wieder nach Bund-Länder-Koordination und Schutzkleidung. Die Bundesregierung arbeitet faktisch im Laufe des März die Elemente meines 9-Punkte-Plans ab. Am 14.3. verbreitet Spahn auf sozialen Netzwerken ein Bild mit Logo des BMG, nach dem in der nächsten Woche bevorstehende Einschränkungen des öffentlichen Lebens „Fake News“ seien. Am 16.3. werden diese beschlossen und verkündet. Generell zieht sich das Wort von der „Neuen Lage“ wie ein roter Faden durch Februar und März. Alle 2-3 Tage diagnostiziert Spahn eine solche, obwohl sich alles genau entwickelt wie zum jeweiligen Zeitpunkt von den meisten Experten prognostiziert. Das macht den Eindruck, als ob die Bundesregierung entweder noch immer keinen Plan für die wahrscheinlichsten Szenarien hat oder die Bevölkerung gezielt anlügt, um sie mit Beschlüssen zu überrumpeln.

7. Medizinische Ausrüstung, insbesondere FFP2- und FFP3-Mundschutz-Masken, und Medikamente zur Corona-Behandlung - Narkosemittel Propofol und Isofluran, Schmerzmittel Sufentanil oder Beruhigungsmittel Midazolam, fehlen bis heute in großer Menge. Die u.a. von mir und Marie-Agnes Strack-Zimmermann geforderte Luftbrücke sowie der politisch unterstützte Aufbau einer eigenen Produktion medizinischer Schutzmasken starten spät. Die Bevölkerung wurde offenbar lange über die Wirksamkeit von einfachen Textil-Schutzmasken

angelogen, statt sie darüber aufzuklären und zu bitten, nicht den Markt für medizinische Schutzmasken leerzukaufen. Das Beispiel Jena zeigt, wie wirksam bereits Textilmasken sind. Auf Schutzausrüstung, die kommerziell importiert wird, lasten noch heute Zölle (z.B. bei Schutzmasken von ca. 6%) sowie Einfuhrumsatzsteuer. Die Befreiung gilt nur für staatliche Akteure und Importe, die gespendet werden. Da die Befreiung antragspflichtig ist, müsste die Bundesregierung durch die Zahlen des Zolls genau wissen, wie viele importiert wurden. Dennoch antwortet sie nicht auf meine schriftliche Anfrage und missachtet damit das Parlament.

Ich freue mich über Feedback.

Herzlichst

Euer

Michael Theurer